



**Afshin Fatemi, 38,** Schönheitschirurg in Düsseldorf

„Breitere Schultern sollten auch mehr Gewicht tragen als schmalere Schultern. Deshalb will ich im Interesse der Gemeinschaft gern noch mehr Geld zahlen. Aber auch die Politiker, deren Missmanagement ja letztlich schuld ist an der derzeitigen Situation, müssten zur Kasse gebeten werden“



**Dietmar Hopp, 70,** Gründer des Softwarekonzerns SAP und Milliardär, Walldorf

„Die Forderung nach einem höheren Spitzensteuersatz ist gerechtfertigt, weil man nicht immer nur die Sozialleistungen kürzen darf. Die Politik sollte zudem den Mut haben, Steuerschlupflöcher zu schließen und die unsinnig anmutenden Mehrwertsteuervergünstigungen zu beseitigen“



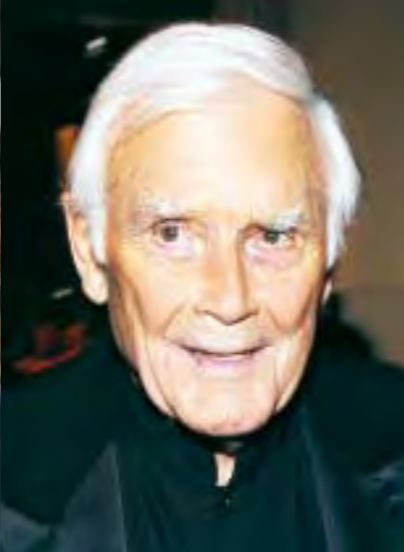
**Meike Leopold, 44,** PR-Managerin aus München

„Das Sparpaket ist sozial ungerecht, weil die Regierung das Geld in erster Linie bei denen holt, die es sich nicht leisten können. Das Solidarprinzip muss in unserer Gesellschaft weiter gelten: Die Starken unterstützen die Schwachen. Ich könnte mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent leben“



**Michael Hartmann, 41,** Unternehmer in Hamburg

„In Deutschland gibt es eine soziale Schieflage, und die trifft mittlerweile auch den Mittelstand. Das sehe ich mit großer Sorge. Um mehr Gerechtigkeit zu schaffen, wäre ich bereit, 500 Euro mehr im Monat zu zahlen“



**Joachim Fuchsberger, 83,** Schauspieler, München

„Mehr Steuern zahlen? Eindeutig ja! Wir hatten ja schon höhere Einkommensteuersätze und sind auch nicht verhungert. Ich bin bereit, meinen Beitrag zu leisten beim Auslöffeln der Suppe, die wir uns alle eingebrockt haben“



**Eva Maria Popp, 52,** Unternehmensberaterin bei München

„Ich zahle gern Steuern, denn das zeigt auch, man hat Erfolg und verdient gut. Müsste ich ein paar Tausend Euro mehr zahlen, brauchte ich mich nicht großartig einzuschränken. Einem Hartz-IV-Empfänger, der 50 Euro weniger hat, tut es aber richtig weh“



**Ulrich Wickert, 67,** Journalist und Autor in Hamburg

„Höhere Steuern sind in der Krise eine Frage der Solidarität. Ich schlage einen neuen Lastenausgleich vor: Jeder, der mehr als 5000 Euro im Monat verdient, zahlt ein Monatsgehalt an den Staat, um damit die Schulden abzutragen“



**Roberto Spinozzi, 39,** Investmentbanker aus Krefeld

„Grundsätzlich würde ich schon mehr zahlen. Aber die staatlichen Leistungen in der Kranken- und Rentenversicherung sollten verbessert werden“

# „Wir wollen mehr zahlen!“

Es dreht sich was im Land: Viele Wohlhabende und Gutverdiener finden das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition ungerecht. Sie verstehen nicht, dass der Staat sie verschont. Denn auch Reiche wären bereit, höhere Steuern zu zahlen. In den vergangenen Jahren hat die Politik sie stets bevorzugt

Text WALTER WÜLLENWEBER



**Gerd Müller, 50,** Chef des Rückenentrums am Michel, Hamburg

„Trotz der Enttäuschung über die Regierungsarbeit bin ich bereit, mehr zu zahlen. Ich erwarte aber, dass die Politik zu einer zukunftsfähigen Strategie auf der Basis humanistischer Werte findet“



**Helga Breuninger, 63,** Unternehmensberaterin und Stifterin, Stuttgart

„Ich bin bereit, in dieser besonderen Situation mehr Steuern zu bezahlen, weil mir der soziale Frieden wichtig ist. Steuererhöhungen allein reichen aber nicht aus. Deshalb investiere ich in den Umbau unserer Gesellschaft vom Sozialstaat hin zu einer Bürgergesellschaft“



**Christiane Kutter-Deest, 49,** Frauenärztin in Hamburg

„Auch wenn wir Besserverdiener sicher schon stark belastet sind, wäre es gerecht, wenn wir noch mehr zahlen. Die Vorstellung, dass man den Arbeitslosen noch mehr streicht, finde ich schlimm – letztlich trifft es doch die Kinder“



**Nico Hofmann, 50,** Filmproduzent in Berlin

„Dass man Sparmaßnahmen beschließt und gleichzeitig die Wohlhabenden schützen will, empört mich sehr. Warum sollte man Leute wie mich, die gut verdienen, von der Solidarität ausgrenzen? Ich hätte kein Problem damit, wenn der Spitzensteuersatz auf 50 Prozent erhöht würde“



**Birgit Suer, 43,** Vertreterin für Brillen aus Hamm

„Ich würde mehr zahlen. Hartz-IV-Empfänger haben nichts und können nichts entbehren. Ihnen müssen bessere Perspektiven geboten werden“



**Axel Bartsch, 55,** Vorstandsvorsitzender der KBC Bank Deutschland, Bremen

„Ich wünsche mir, dass die Politiker deutlich machen, welche gesellschaftlichen Aufgaben sie mit höheren Steuern angehen wollen. Bei der Bildung sehe ich große Defizite. Dafür gäbe es sicher mehr Akzeptanz, auch von mir“



**Andreas Ortlepp, 37,** Rechtsanwalt aus Düsseldorf

„Aus Solidarität heraus würde ich mehr zahlen. Der Spitzensteuersatz ist zwar jetzt schon sehr hoch, aber das hilft ja im Zweifelsfall alles nichts“



**Gerhard Cromme, 67,** Aufsichtsratsvorsitzender bei Thyssen-Krupp und Siemens

„Persönlich wäre ich bereit, in dieser kritischen Phase einen Beitrag in Form eines Solidarzuschlags zu leisten. Aber der müsste befristet sein, um der Ausnahmesituation gerecht zu werden“



**Andreas Giercke, 54,**  
Juwelier in Hamburg

„Es ist leicht, auf vermeintlichen Luxus zu verzichten, ohne dass die Lebensqualität sinkt. Ich habe vor einiger Zeit meinen Jaguar und meinen Range Rover verkauft und bin seitdem überzeugter Bahnfahrer. Ich hätte kein Problem, monatlich 1000 Euro mehr Steuern zu zahlen“

**Tim Renner, 45,**  
Geschäftsführer der Motor Entertainment Group, Berlin

„Ich habe genauso wie die meisten Besserverdienenden vom Boom der Aktienmärkte und den Produkten der Finanzwirtschaft profitiert. Es ist obszön, dass der von den Finanzmärkten verursachte volkswirtschaftliche Schaden ausgerechnet von Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern beglichen werden soll“

**Wolfgang Grupp, 68,**  
Textilunternehmer, Burladingen

„Alle Entscheidungsträger, ob Unternehmer, Banker, Manager oder Politiker, müssten für ihre Fehler haften. Ich schlage vor, den Spitzensteuersatz auf 60 oder 70 Prozent zu erhöhen und denen, die persönlich haften, einen Rabatt von 50 Prozent einzuräumen. Das würde den Größenwahn stoppen, der zur Finanzkrise geführt hat“

**Jürgen Wache, 50,**  
Vorstandssprecher der Hannoverschen Volksbank

„Eine breite Beteiligung, insbesondere der Besserverdienenden in unserem Lande, am Abbau der Staatsverschuldung scheint geboten und auch akzeptabel“

**Michael Hartmann, 57,**  
Soziologieprofessor an der TU Darmstadt, Deutschlands führender Elitenforscher

„Ich wäre bereit, mehr Steuern zu zahlen. Vor allem die Erbschaften würde ich viel stärker besteuern, denn beim Erben werden vor allem auch die sozialen Ungleichheiten weitergegeben. Ich bin aber gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf einheitlich 19 Prozent“

**Uwe Hück, 48,**  
Konzernbetriebsratsvorsitzender der Porsche AG, Stuttgart

„Es ist ungerecht und ein Skandal, wenn die Folgen der Krise nur von den Geringverdienenden getragen werden. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie Typen wie mich, die gutes Geld verdienen, stärker zur Kasse bittet. Es kann nicht sein, dass die schwachen Schultern die ganze Last tragen sollen“

**Ingrid Hofmann, 56,**  
Geschäftsführerin der Zeitarbeitsfirma I. K. Hofmann GmbH, Nürnberg

„Ich bin bereit, meinen Beitrag für eine gerechtere Lastenverteilung zu leisten, und wäre auch mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes einverstanden. Allerdings ist mein Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern schon nachhaltig erschüttert, wenn ich beispielsweise an die immer noch vielfältigen Subventionen denke“

**Dirk Roßmann, 63,**  
Eigentümer der Drogeriekette Rossmann, Hannover

„Das Sparpaket der Regierung reicht nicht nur nicht aus, es setzt auch die falschen Schwerpunkte. Wir können nicht vor allem bei den Schwachen sparen. Wir brauchen eine große, konzertierte Aktion, die Reiche und Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt und den Staat zu extremer Ausgabendisziplin zwingt“



**Peter Krämer, 59,**  
Reeder in Hamburg

„Wichtig ist, dass die soziale Balance wieder hergestellt wird. Ich bin für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir können nicht die Ärmern stärker belasten, ohne die Reichen in die Pflicht zu nehmen. Die Sparvorschläge der Regierung sind grobenschlecht“

**Ernst Prost, 53,**  
Chef des Motorenöl-Herstellers Liqui Moly in Ulm

„Selbstverständlich bin ich bereit, mehr Steuern zu zahlen. Ich kenne viele Menschen, die gut verdienen und die bereit wären, dem Staat jetzt durch höhere Steuern zu helfen. Mir ist es ein Rätsel, wieso die Politik Leute vor höherer Belastung verschonen will, die gar nicht verschont werden wollen“

**Jürgen Hoch, 53,**  
Modeunternehmer (Label „Madonna“) aus Düsseldorf

„Klar kann ich mehr Steuern zahlen, und ich würde das auch gern. Mein Lebensstil ändert sich dadurch doch nicht. Das ist der blanke Hohn, wenn Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen wird, und Leute wie ich müssen keinen Cent mehr zahlen“

**Barbara Baurichter,**  
Rechtsanwältin in Hamburg

„Das Sparpaket ist unausgewogen und trifft vor allem mittlere und untere Einkommenschichten. Der Konsens in der Gesellschaft wird infrage gestellt, da das Paket als sozial ungerecht empfunden wird. Ich wäre bereit, drei bis fünf Prozent mehr zu zahlen, wenn das Geld nicht in das Rettungspaket für die Banken fließt“

**Peter Vollmer, 70,**  
ehemaliger BMW-Betriebsrat, Mitglied des „Appells für eine Vermögensabgabe“, Berlin

„Eine zehnprozentige Vermögensabgabe ergäbe 100 Milliarden Euro für ein Bildungsprogramm, ein Prozent Vermögensteuer jährlich läge im Mittel der Industrienationen. Mit diesem Beitrag würde ich die Lücke zwischen Arm und Reich schließen helfen“

**Lüder Kastens, 55,**  
Architekt und Hotelier (Hotel „Überfluss“) in Bremen

„Keiner zahlt gern Steuern, aber in dieser Phase wäre ich bereit, mehr zu zahlen. Was habe ich davon, wenn es mir gut geht, aber rundum brennt es. Es geht um den sozialen Frieden. Mit dieser Haltung stehe ich nicht allein, viele in meinem Umfeld denken so“

**Hans Gerd Kahl, 58,**  
Chemiker aus Münster

„Das geplante Sparpaket der Bundesregierung ist ungerecht. Ich kann mir vorstellen, bis zu 50 Prozent meines Einkommens als Spitzensteuersatz zu entrichten. Aber es sollten noch weitere Steuerstufen eingeführt werden, etwa für Einkommensmillionäre“

**Camillo Sax, 54,**  
Gastronom in München

„Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes um fünf Prozent fände ich in Ordnung. Denn die Belastungen durch das Sparpaket werden ungleich verteilt. Zwar dürfte es nicht viel Geld in die Staatskassen spülen. Es wäre mehr eine symbolische Geste und würde soziale Ausgewogenheit zeigen“



**Thomas Größ, 62,**  
Verlagsbuchhändler in Hamburg

„Ich habe auch in der Krise gut verdient und bin bereit, meinen gerechten Anteil zu zahlen. Man sollte nicht bei den Schwachen kürzen. Monatlich 100 Euro mehr würden mir nicht wehtun“

**Angelika Kahl, 52,**  
Gynäkologin aus Münster

„Der Spitzensteuersatz sollte erhöht und die Hartz-IV-Familien sollten von Kürzungen verschont werden. Alles andere ist asozial“

**Mini Schulz, 44,**  
Professor und Musiker, Stuttgart

„Ja, ich bin bereit, höhere Steuern zu zahlen. Wir leben alle in dieser Gesellschaft und müssen solidarisch miteinander umgehen. Man muss allerdings aufpassen, dass die Spendenfreudigkeit der Gutverdiener nicht abgewürgt wird“

**Wolfgang Grenke, 59,**  
Unternehmer und Förderer des Festspielhauses Baden-Baden

„Es ist nicht gerechtfertigt, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe, die Gutverdiener, bei der Sanierung des Staates ausgeklammert wird. Ich bin für höhere Einkommensteuern“

**Wolfgang Götzke, 60,**  
Direktor des Instituts für Gesundheitswirtschaft, Köln

„Wenn in der aktuellen Krise Menschen, die als arm gelten, Einbußen hinnehmen sollen, müssen – als Ausdruck der Solidarität – auch Besserverdienende einen deutlichen Beitrag leisten“

**Damir Pehlic, 40,**  
Personalberater aus Stuttgart

„Es muss mehr investiert werden, vor allem in Bildung. Da sind alle gefragt. Dafür müssen die, die mehr verdienen, auch mehr zahlen“

**Eva Stilz, 49,**  
Sozialpädagogin, Stifterin der Bewegungsstiftung, Rosenheim

„Als Sozialarbeiterin weiß ich: Man kann bei Hartz IV nicht mehr sparen. Als Erbin weiß ich: Die Steuern für Reiche sind skandalös niedrig in Deutschland“

**Fadi Krikor, 40,**  
Architekt aus Grafing bei München

„Eine Anhebung von zwei bis drei Prozent wäre okay und vertretbar – auch wenn ich nicht glaube, dass bei uns der soziale Friede bald gestört wäre“



**Dieter Leyrer, 55,**  
Zahnarzt in München

„Ich kann eine Mehrbelastung eher verkraften als kinderreiche Familien oder Hartz-IV-Empfänger. Bei einer Anhebung des Spitzensteuersatzes um fünf Prozent würde einiges rumkommen. Ich würde gern eine Million Euro Steuern zahlen, denn das würde bedeuten, dass ich auch über eine Million Euro verfügen kann“



**Christian Weber, 64,**  
SPD, Präsident der Bremischen Bürgerschaft

„Das Sparpaket ist völlig unausgewogen und trifft besonders die Schwachen. Der Unmut auf der Straße nimmt zu, das kann ich bei der wöchentlichen Montags-Demo auf unserem Marktplatz beobachten. Ich verdiene sehr gut und wäre bereit, wieder einen höheren Spitzensteuersatz zu zahlen“



**Peter Scharf, 60,**  
Zahnarzt in Berlin

„Zur Bewältigung der Krise wäre ich bereit, höhere Steuern zu zahlen. Keine Gesellschaft kann zu extreme Einkommensspreizungen auf Dauer verkraften, ohne dass es zu gesellschaftlichen Unruhen kommt. Natürlich würde ich das Geld dann lieber im öffentlichen Gesundheitsdienst angelegt sehen als am Hindukusch“



**Katharina Krause, 50,**  
Präsidentin der Philipps-Universität Marburg

„Die Krise können wir nur gemeinsam bewältigen. Daher kann ich mir vorstellen, auf einen Teil meines Gehaltes zu verzichten, wenn das Geld unmittelbar der Bildung zugutekäme. Ich bin mir sicher, dass hierbei viele mitmachen würden“

Eine der größten Plagen sind peinliche Freunde. Wehe, sie wollen Gutes tun. Dann schenken sie einem ein tolles Feuerzeug, wenn man gerade mit dem Rauchen aufgehört hat. Oder das Kamasutra, nachdem man von der Freundin verlassen wurde. Oder sie tauchen beim Kindergeburtstag mit Gönnerlächeln und einem schön verpackten Ballack-Trikot auf – wo doch alle Kumpel des Geburtstagskindes wissen, dass Ballack verletzt ist und Thomas Müller seine Rückennummer trägt. Genau so ergeht es derzeit vielen Unternehmern, Zahnärzten, Wohlhabenden insgesamt. Ihre politischen Freunde von der schwarz-gelben Regierung sind ihnen peinlich. Gerade haben die ihrer Clique ein schönes Geschenk präsentiert und sie vor jeder Beteiligung am Sparpaket beschützt. Ausgerechnet jetzt, da viele Gut- und Besserverdiener bereit wären, mehr Steuern zu zahlen.

„Mir ist das ein Rätsel, warum die Politik Leute vor einer höheren Belastung verschonen will, die gar nicht verschont werden wollen“, sagt Ernst Prost. Er ist Chef des Motorenöl-Herstellers Liqui Moly in Ulm, eines Unternehmens mit 450 Mitarbeitern. Prost würde es nicht nur zähneknirschend akzeptieren, mehr Steuern zu zahlen. Er will unbedingt und fühlt sich damit nicht allein. „Ich kenne viele Menschen, die gutes und sehr gutes Geld verdienen. Von denen wäre jeder bereit, dem Staat jetzt durch höhere Steuern zu helfen, jeder.“

Dazu gehört auch der Manager, der als „Mr. Deutschland AG“ gilt, Gerhard Cromme, Aufsichtsratsvorsitzender bei Siemens und bei Thyssen-Krupp. Auch der Milliardär und SAP-Mitbegründer Dietmar Hopp findet eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes „gerechtfertigt, weil man nicht nur die Sozialleistungen kürzen darf“. Der Modeunternehmer Jürgen Hoch ist sogar „richtig wütend“, weil er nicht stärker zur Kasse gebeten

wird. „Das ist doch der blanke Hohn, wenn Hartz-IV-Empfänger das Elterngeld gestrichen wird, und Leute wie ich müssen keinen Cent mehr bezahlen.“

Es hat sich etwas gedreht bei Deutschlands Wohlhabenden. Zwei Jahrzehnte lang haben sie der Politik gehörig Druck gemacht. Sie setzten eine massive Absenkung des Spitzensteuersatzes durch. Forderte der Staat früher bis zu 56 Prozent, so sind es heute 42 Prozent und für Hochverdiener 45 Prozent. Für Kapitalerträge gilt heute eine niedrige Sondersteuer. Und die Vermögensteuer wurde gleich ganz abgeschafft. Doch nun mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich auch bei vielen Gutsituerten das Gefühl einstellt: Es reicht. Zeit, eine neue Richtung einzuschlagen.

Für das „Elite-Panel“ des Wirtschafts magazins „Capital“ befragt das Allensbacher Institut für Demoskopie regelmäßig Topentscheider aus Deutschland. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes lehnten vor genau zwei Jahren noch 79 Prozent der Befragten ab. Dieselbe Frage, dieselben Befragten, zwei Jahre später: Jetzt würden 66 Prozent einen höheren Spitzensteuersatz akzeptieren. 44 Prozent können sich sogar mit einer Wiedereinführung der Vermögensteuer anfreunden. Auch eine Forsa-Umfrage für den *stern* bestätigt diesen Trend: Je mehr die Befragten verdienen, desto eher sind sie bereit, höhere Steuern zu zahlen. Die geradezu sensationelle Botschaft dieser Zahlen: Deutschlands Reiche fordern: Nehmt es nicht von den anderen, nehmt es von uns!

Volker Schmidt ist Insider im Unternehmertum, denn er ist Chef des Metallarbeitgeberverbandes in Niedersachsen. Schmidt beobachtet einen „Bewusstseinswandel“. „Die Elite unseres Landes hat eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft, sie muss mit gutem Beispiel vorangehen.“ Der „Bewusstseinswandel“ ist der Beginn einer kleinen Welle, die durch die Villenviertel läuft. Der *stern* sprach mit Chefärzten, Juwelieren, Architekten, Profes-

soren, Rechtsanwälten, Zahnärzten, Managern, Spitzenköchen, Schauspielern und vielen Unternehmern. Viele haben ihre Haltung in den vergangenen Monaten verändert. „Ich finde es schlimm, dass gerade der ärmste Teil unserer Bevölkerung für diese Krise bluten muss, während für uns Gutverdienende der Spitzensteuersatz über Jahre reduziert wurde“, sagt etwa Wulf Dietrich, Professor am Deutschen Herzzentrum in München.

Sterne Koch Harald Wohlfahrt ist eine funktionierende Infrastruktur mehr Steuern wert. Filmregisseur Nico Hofmann ist „empört“, weil er keinen Spitzensteuersatz von 50 Prozent zahlen darf. „Warum sollte man Leute wie mich, die gut verdienen, von der Solidarität ausschließen?“ Der Bremer Hotelier Lüder Kastens fand schon das Steuer geschenk für Hotels „schwachsinnig“. Kastens ist bereit, höhere Steuern zu zahlen, denn er sorgt sich um den sozialen Frieden. „Es nützt mir nichts, wenn es mir gut geht, aber rundum brennt es.“

Als sich die gelb-schwarze Koalition Anfang des Monats zur Haushaltsklausur zurückzog, erwarteten viele in der politischen Klasse höhere Belastungen für Besserverdiener. Normalerweise protestieren die Lobbyisten in solchen Fällen bereits vorher lautstark gegen zu befürchtende Grausamkeiten. Diesmal nicht. Das Schweigen der Wirtschaftsverbände, der Manager und der Arbeitgeber war ein eindeutiges Signal, so ohrenbetäubend wie das Tröten einer Vuuzela. Ihre peinlichen Freunde in der Politik haben es nicht zur Kenntnis genommen.

Eigentlich regiert in der Demokratie die Mehrheit. Im Bundestag ist es derzeit andersrum. Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten findet, dass auch Steuererhöhungen für Gutverdiener ins Sparpaket gehören. SPD, Linke und Grüne sind ohnehin dafür, aber auch weite Teile der Union, bis hinein ins Herz der Marktliberalen. So schlägt →



**Alfred Kirst, 49,**  
Chefredakteur eines Fachverlags in Baden-Baden

„Ja, ich bin bereit, höhere Steuern zu zahlen. Ich halte es für eine Frechheit, wenn man Alleinerziehende belastet. Wenn ich mehr Steuern zahle, kann ich mir vielleicht einen Theaterbesuch weniger leisten, aber meine Existenz ist nicht gefährdet“



**Denis Cernomorec, 25,**  
Prokurist bei der DC Group, einem Luxus-Autohändler in Stuttgart

„Ich finde es richtig, den Spitzensteuersatz anzuheben. Eine Luxussteuer wäre auch nicht schlimm. Man muss aufpassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht, sonst wächst die Ausländerfeindlichkeit“



**Jürgen Enoch, 59,**  
Immobilienmakler, Baden-Baden

„Ja, wir zahlen alle gern mehr Steuern, damit Straßen in Ordnung gebracht und Schulen saniert werden. Eine Vermögenssteuer darf es aber nicht geben, die macht Kleinunternehmern die Substanz kaputt“



**Dieter Lehmkuhl, 67,**  
Psychiater, Mitinitiator des „Appells für eine Vermögensabgabe“, Berlin

„Größere Ungleichheit gefährdet die Stabilität einer Gesellschaft. Wir brauchen nicht mehr Ungleichheit, Konsum und sozialen Stress, sondern mehr Gleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse. Der innere Zusammenhalt eines Gemeinwesens dient allen, auch den Wohlhabenden“



**Harald Wohlfahrt, 54,**  
Drei-Sterne-Koch, Tonbach

„Wir haben in Deutschland eine gute Infrastruktur. Damit das so bleibt, würde ich mehr Steuern zahlen. Die Finanzlöcher können doch nur die stopfen, die Geld haben, nicht die, die keines haben“



**Andrea Anders,**  
Vorstandssekretärin in Hamburg

„Ich könnte mir vorstellen, ein bis zwei Prozent mehr Steuern zu zahlen, aber die sozial Schwachen müssten ihren Beitrag leisten, also bereit sein, für eine Arbeit früh aufzustehen oder sich gesellschaftlich zu engagieren“



**Wulf Dietrich, 63,**  
Herzanästhesist aus München

„Ich sehe nicht ein, warum wir als Gutverdienende immer weniger zahlen und die Menschen, die nichts haben, ständig mehr zahlen müssen. Ich bin für einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent“



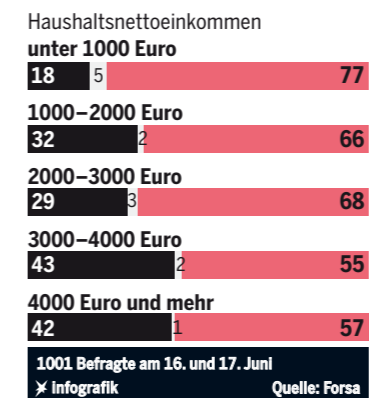
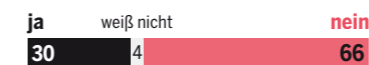
**Thomas Albrecht, 40,**  
stellvertretender Filialleiter eines Modegeschäfts in München

„Ich merke, dass die Leute mit mittlerem Einkommen sich nichts mehr leisten können. Die Gutverdienenden allerdings haben noch genug Geld übrig. Ich bin für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes im einstelligen Bereich“

## Wohlhabende wollen zahlen

Wären Sie grundsätzlich bereit, zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise mehr Steuern zu entrichten?

ANGABEN in Prozent





**Rudolf Tamm, 58,**  
Arzt, Hannover

„Als Besserverdienender sehe ich meine Aufgabe auch darin, den Sozialstaat zu stabilisieren. In den letzten zehn Jahren wurden immer mehr die niedrigen Einkommen belastet. Daher halte ich eine Steigerung des Spitzensteuersatzes für angemessen.“

**Wolfgang Kubicki, 58,**  
FDP-Fraktionschef im Landtag von Schleswig-Holstein, Kiel

„Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47,5 Prozent ist dann denkbar, wenn der Erlös zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen genutzt würde. Gleiches gilt für die Abschaffung der Ausnahmetatbestände in der Umsatzsteuer – bis auf Grundnahrungsmittel. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und entlastet jene, die in Deutschland die größte Last tragen: die Mittelschicht.“

**Kurt Lauk, 64,**  
Präsident des Wirtschaftsrates der CDU, Stuttgart

„Dass ich keine Vorschläge mache, ohne dann auch konsequent zur Leistung meines persönlichen Beitrags bereit zu sein, ist selbstverständlich. Unverzichtbare Grundbedingung dafür ist jedoch zuerst eine spürbare Entlastung im mittleren Einkommensteuerebereich.“

**Alexander Volz, 43,**  
Geschäftsführer eines Baukran-Logistik-Unternehmens bei München

„Wer mehr verdient, kann auch mehr zahlen für die Allgemeinheit. Ich wäre mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent einverstanden. Das Sparpaket der Regierung ist äußerst ungerecht. Ich bin auch dafür, das Kindergeld für Gutverdienende abzuschaffen.“

Kurt Lauk, Chef des CDU-Wirtschaftsrates, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes vor, wenn die Mittelschicht entlastet wird. In die gleiche Richtung denkt Wolfgang Kubicki, Chef der FDP in Schleswig-Holstein. Er hält die Anhebung des Spitzensatzes auf 47,5 Prozent für denkbar. Aber wer ist denn eigentlich noch dagegen? Der Freundeskreis des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle. Und warum? Weil sie schon immer dagegen waren.

Ein Staat, der in finanziellen Nöten steckt und keine neuen Schulden mehr machen kann, hat zwei Möglichkeiten, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen: weniger Geld ausgeben oder mehr einnehmen. Kürzt der Finanzminister die Ausgaben, sind jene betroffen, die Geld vom Staat bekommen: vor allem Empfänger von Sozialleistungen. Höhere Einnahmen müssen hingegen eher die Starken aufbringen. Ausgabenkürzungen treffen also die Armen, Steuererhöhungen die Reichen. Die Bundesregierung hat sich entschieden: Ausgabenkürzung ja, Steuererhöhung nein. Das Sparpaket trifft Deutschlands Reiche ungefähr so hart, als würde es im Süden Kasachstans ein Stündchen regnen.

Auslöser des größten Sparpakets in der Geschichte der Bundesrepublik war die Krise auf den Finanzmärkten. Wer Banken rettet, bringt das Vermögen der Anleger in Sicherheit. Die Bankenrettung ist auch eine Vermögensrettung. Fragt sich nur: wessen Vermögen?

Vermögen ist in Deutschland noch viel ungleicher verteilt als Einkommen. Nur das reichste Drittel der Gesellschaft verfügt überhaupt über messbare Reserven. Das oberste Zehntel besitzt mehr als 60 Prozent des Vermögens. Zieht man die selbst bewohnten Immobilien ab, verfügen die reichsten 5 Prozent sogar über 75 Prozent des Besitzes. Bei der Bankenrettung hat also die gesamte Gesellschaft das Eigentum einer privilegierten Minderheit aus dem Feuer geholt. Tim Renner, Grün-

der von Motor Entertainment, zieht daraus seine Schlüsse: „Ich habe genauso wie die meisten Besserverdienenden vom Boom der Aktienmärkte und Produkten der Finanzwirtschaft profitiert. Es ist obszön, dass der von den Finanzmärkten verursachte volkswirtschaftliche Schaden ausgerechnet von Hartz-IV-Empfängern beglichen werden soll.“ Renner will mehr Steuern zahlen.

Vermögen hat wenig mit der aktuellen Leistung zu tun. Ein Vermögen ist der Ausdruck einer früheren Leistung, oft der Leistung früherer Generationen. „Die beste Voraussetzung, zu Vermögen zu kommen, ist es, Eltern zu haben, die vermögend sind“, sagt Michael Hartmann, Deutschlands führender Elitenforscher.

Diskussionen über soziale Gerechtigkeit drehen sich hierzulande fast nur um das Einkommen. Geht es um Gerechtigkeit, ist das Vermögen jedoch von weit größerer Bedeutung. Teilt man die Gesellschaft ganz grob in drei Schichten, dann gehören zur Oberschicht jene, die zu einem Großteil von ihrem Vermögen leben. Die Mittelschicht lebt von ihrer Arbeit, von der Leistung. Die Unterschicht ist auf Transferleistungen angewiesen. „Leistung muss sich wieder lohnen“, ist eines der Lieblingsgebete deutscher Politiker. Doch in der Praxis haben die Regierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte ein völlig anderes Ziel verfolgt: Reichtum muss sich lohnen!

Der Staat bevorzugt das Vermögen gegenüber dem Einkommen, wo er nur kann: Deutschland ist eines der wenigen OECD-Länder, in dem Vermögen, mit der Ausnahme von Grundbesitz, überhaupt nicht besteuert wird. 1997 wurde die Vermögensteuer abgeschafft, weil das Bundesverfassungsgericht die Methode, mit der sie erhoben wurde, für verfassungswidrig erklärte. Der Gesetzgeber hätte eine neue Vermögensteuer einführen können. Hat er aber nicht. Es ist kompliziert, Vermögen bis ins letzte Detail gerecht zu besteuern. Um kleine Ungerechtigkeiten zu vermeiden, lebt Deutschland lieber mit der

großen Ungerechtigkeit, dass Vermögen gar nicht besteuert wird.

Eins zu null für das Vermögen. „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten.“ Nach dem Motto dieses Werbeslogans lebt ein kleiner Teil der Gesellschaft: von Zinsen oder Dividenden. Solche Kapitalerträge sind leistungsloses Einkommen. Wenn sich Leistung lohnen soll, müsste das Einkommen aus Arbeit niedriger besteuert werden als das Einkommen der Vermögenden. Getrieben vom globalen Steuerwettbewerb, hat die Politik in den vergangenen Jahren genau den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Während Arbeitnehmer bis zu 42 Prozent (absolute Spitzenverdiener bis zu 45 Prozent) für ihre Einkünfte zahlen, wurde für Kapitalerträge eine Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent eingeführt. Kassiert ein Besserverdiener also 10 000 Euro Zinsen, dann zahlt er davon 2500 Euro an den Fiskus. Würde er für das gleiche Einkommen arbeiten, zöge ihm das Finanzamt 4200 Euro ab. „Nichtstun wird niedriger besteuert als ehrliche Arbeit“, wettet Liqui-Moly-Chef Probst. „Das ist eine Sauerei, die kein normaler Mensch versteht.“

Zwei zu null für das Vermögen. Die Königsdisziplin leistungslosen Einkommens ist das Erben. Nur die Kinder des oberen Drittels können überhaupt so etwas wie Vermögen erben. Jedes Jahr wechseln bis zu 200 Milliarden Euro die Generation. Im internationalen Vergleich bedient sich der deutsche Fiskus äußerst bescheiden an den Erbschaften. So ist etwa das Erbschaftsteueraufkommen gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich fast dreimal so hoch wie hierzulande. Gern behaupten die Wohlhabenden, die Erbschaftsteuer sei eine Bedrohung für Unternehmen beim Generationenwechsel. Doch Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuergewerkschaft, weiß: „Noch nie hat die Erbschaftsteuer einen Betrieb ruiniert.“ Statt die Besteuerung auf internationales Niveau anzuheben, hat die schwarz-gelbe Regierung sie zum Jahreswechsel weiter gesenkt.



**Astrid Hamker, 43,**  
Gesellschafterin der Piepenbrock Unternehmensgruppe Osnabrück, Präsidiumsmitglied im CDU-Wirtschaftsrat

„Es kommt darauf an, die Leistungsträger in der Mittelschicht deutlich zu entlasten. Dann wäre ich gern bereit, meinen persönlichen Beitrag zu leisten. Das ist für mich eine Frage der Solidarität.“

**Christian Rauch, 38,**  
Unternehmensdirektor, Hamburg

„Leistungs- und Solidaritätsprinzip schließen sich nicht aus. Ich sehe es als eine christliche Aufgabe, den weniger Privilegierten in einem wohlhabenden Land zu helfen, und wäre bereit, weitere fünf Prozent auf meinen Spitzensteuersatz zu zahlen. Gerade bei Bildung und Ausbildung liegt viel im Argen.“

**Martin Kind, 66,**  
Geschäftsführer, u. a. Kind Hörgeräte, und Präsident von Hannover 96

„Wenn es dem Abbau der Schulden dient, bin ich sehr wohl bereit, einen höheren Spitzensteuersatz zu bezahlen.“

**Robert Pegels, 48,**  
Kaufmann bei Krefeld

„Wer zahlt schon freiwillig mehr Steuern? Per Gesetz würde und müsste ich mehr zahlen. Aus Solidaritätsgründen würde ich bis zu fünf Prozent mehr akzeptieren. Erhöhungen sollten aber auf etwa fünf Jahre begrenzt werden und wirklich nur der Gesundheit des Haushalts dienen.“



**Günter Kastenbauer, 68,**  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, München

„Der Spitzensteuersatz sollte um fünf Prozent angehoben werden. Wer besser verdient, lebt auch auf der Basis des Miteinanders, des gesellschaftlichen Konsenses.“

**Thomas Galla, 47,**  
Plastischer Chirurg, Köln

„Ich bin betroffen, wenn im Schuhladen eine Mutter zu ihrem Kind sagt: Mehr als 15 Euro dürfen deine Schuhe nicht kosten. Unsreinem würden 500 Euro mehr Belastung nicht wehtun – dafür hätten ärmere Menschen hoffentlich ein paar Euro mehr.“

**Brigitte Knopf, 36,**  
Physikerin, Potsdam

„Es muss mehr in die Zukunft, etwa in Bildung, investiert werden. Um die Lasten dafür gerechter zu verteilen, bin ich für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Und ich bin auch bereit, meinen Beitrag dazu zu leisten.“

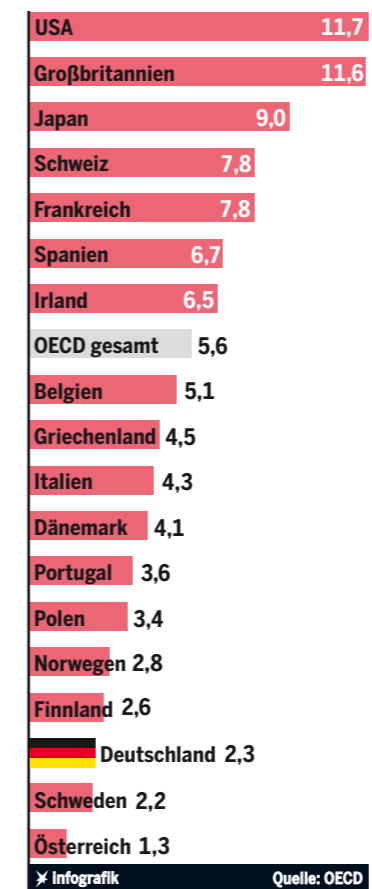
**Daniel Hartwich, 31,**  
TV-Moderator, Köln

„Ich bin für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, denn im Kindergarten hat man mir erklärt, dass die Stärkeren den Schwächeren helfen sollen. Beim Sparpaket der Bundesregierung fehlt mir diese natürliche Fairness.“

## Reichtum wird belohnt

Im internationalen Vergleich werden deutsche Reiche vom Fiskus geschont

**ANTEIL DER STEUERN AUF VERMÖGEN**  
am gesamten Aufkommen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen (2008)



Drei zu null für das Vermögen. Niedrige Erbschaftsteuern, niedrige Kapitalertragsteuern, keine Vermögensteuer – insgesamt ist in kaum einem anderen OECD-Land das Vermögen so gut vor dem Fiskus geschützt. Deutschland liegt auf dem drittletzten Platz der Vermögensbesteuerung. In den kapitalistischen USA bedient sich der Staat etwa fünfmal mehr am Kapital.

Das Ergebnis dieser Steuerung durch Steuern: Das Einkommen durch Vermögen ist in den vergangenen Jahren beinahe explodiert. Einkommenszuwächse durch Arbeit gab es hingegen kaum. Zwischen 1999 und 2007 stieg das Nettoeinkommen real nur beim oberen Zehntel der Haushalte. Und das obere Zehntel, das sind exakt jene Wohlhabenden, die über den Großteil des Vermögens verfügen. Die Statistik zeigt auch: Im selben Zeitraum wurden die unteren zwei Drittel der Gesellschaft ärmer, also jene, die kein Vermögen haben. Die ökonomische Spaltung der Gesellschaft verläuft entlang der Vermögensgrenze. Das ist die wahre Dimension der jahrelangen Bevorzugung des Vermögens: Das Einkommen durch Leistung zu steigern war im vergangenen Jahrzehnt praktisch unmöglich. Es gibt nur einen Weg, reicher zu werden: durch Reichtum.

Jetzt wundert es auch nicht mehr, dass die Geretteten die Krise bedeutend besser überstanden als die Retter. Weltweit haben die Vermögenswerte nach Berechnungen der Boston Consulting Group inzwischen wieder das Vorkrisenniveau erreicht. In Deutschland stieg 2009 die Zahl der Millionärshaushalte um satte 23 Prozent und ist damit auf dem Stand von 2007.

„Ganz dringend muss die Vermögensteuer wieder eingeführt werden“, sagt Peter Vollmer. „Ich als Vermögenger würde sie gern bezahlen, als einen kleinen Beitrag zur notwendigen Schließung der Lücke zwischen Arm und Reich.“ Vollmer ist Mitglied beim „Appell für eine Vermögensabgabe“, einer Gruppe von Wohlhabenden, die nicht nur allgemein

höhere Steuern zahlen wollen, sondern spezielle Abgaben auf ihr Vermögen. Innerhalb kurzer Zeit ist die Gruppe auf beinahe 50 Mitglieder angewachsen.

Dass Mitglieder der besseren Kreise auf den Staat setzen, ist neu. Bislang haben sich Vermögende in Deutschland gerade bei der Solidarität durch Staatsferne ausgezeichnet. Die Angehörigen der Oberschicht spenden lieber, engagieren sich in Stiftungen oder privaten Hilfsorganisationen, als Steuern an den Staat zu zahlen. Bei der Wohltätigkeit – englisch Charity – entscheidet der Gönner, wem und wie geholfen wird. Im demokratischen Staat hingegen entscheiden die Volksvertreter. Im Sozialstaat muss der Hilfesuchende nicht „bitte“ oder „danke“ sagen. Hilfe ist ein verfassungsmäßiges Recht.

Viele Wohltäter sind überzeugt davon, besser als Behörden zu wissen, wo Hilfe gebraucht wird. Wie leicht man sich da täuschen kann, zeigen die „Tafeln“, die in den vergangenen Jahren entstanden sind. Ein Blick auf die Deutschlandkarte offenbart eine Konzentration der Lebensmittelhilfe unten links, in Baden-Württemberg und Bayern. Dort gibt es zwar wenige Bedürftige, dafür aber viele Gutverdiener. Bedürftige leben eher oben rechts. Dort aber findet man kaum potenzielle Spender und darum auch kaum Tafeln. Das ist typisch für Charity: Die Hilfe richtet sich nach dem, der zahlt. Insgesamt spenden die Deutschen pro Jahr etwa zwei Milliarden Euro. Einen Staatshaushalt könnte man damit nicht sanieren.

„Ich denke, dass in erster Linie die Finanzwirtschaft, Verursacher der Krise, für deren Folgen geradestehen muss“, fordert Wulf Dietrich aus München. Das wünschen sich viele. Doch derzeit sieht es nicht so aus, als ginge dieser Wunsch in Erfüllung. Allen Versprechungen der Regierung aus Union und SPD sowie später der schwarz-gelben Koalition zum Trotz wurde das „Monster“, die Finanzwirtschaft, bislang nicht an die Kette gelegt.

Ein Kettenglied könnte es sein, wenn die Regierungen die Banken zwingen würden, mehr Eigenkapital vorzuhalten. Als Lehman Brothers zahlungsunfähig wurde, löste das einen Dominoeffekt aus. Mit mehr Eigenkapital hätte der Dominostein eine breitere Basis und kippte nicht so leicht um. Doch ausgerechnet Banken haben wenig auf der hohen Kante. Mehr Eigenkapital bedeutete mehr Sicherheit für die normalen Steuerzahler, die mangels Vermögen von den Finanzgeschäften ohnehin nicht profitieren. Aber es bedeutete weniger Gewinn für die Anleger, für die Vermögenden. Wessen Interessen sich durchsetzen werden, zeichnet sich schon ab: Die Bankenaufseher haben gerade beschlossen, die Verpflichtung aufzuschieben, das Eigenkapital aufzustocken.

Die Wut auf die Banken hat nun auch die Wohlhabenden erreicht. Volker Schmidt, der Chef von Niedersachsen-Metall, hat eine Entfremdung zwischen dem mittelständischen Unternehmerlager und den Privatbanken ausgemacht. Ernst Prost, der Chef von Liqui Moly in Ulm, kann seinen Zorn kaum bremsen: „Was die sich erlauben, ist unglaublich.“ Weil Strom, Heizung und Sprit immer teurer werden, kämen seine Mitarbeiter mitunter finanziell in die Bredouille. „Dann verreckt einem die Waschmaschine, und schon wird's eng.“ Wenn er dann einen Überbrückungskredit braucht, „dann erdreisten sich die Banken und verlangen 12 oder 15 Prozent Zinsen. Da sitzen Leute, die mit dem Geld anderer Leute jonglieren, und verlangen solche Zinsen von jemandem, der sie gerade noch gerettet hat. Genau so sieht es aus in Deutschland.“

*Protokolle: Malte Arnspurger, Tilman Gerwien, Andreas Hoffmann, Nadine Jansen, Alexander Kühn, Inga Ofen, Wolf-Herbert Peters, Silke Pfersdorf, Joachim Reuter, Mathias Ritterrott, Johannes Röhrig, Hannes Ross, Doris Schneyink, Elke Schulze, Nikola Sellmair, Nicole Simon, Jan Boris Wintzenburg*

## Wer hat, dem wird gegeben

Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen von 1999 bis 2007, aufgeteilt in zehn Einkommensgruppen. Nur die reichste Gruppe hat einen echten Zuwachs

